

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Keine Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr im Jahr 2021

Der Landtag möge beschließen:

Ende September 2020 steht im Aufsichtsrat des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) die Entscheidung auf der Tagesordnung, ob die Fahrpreise für den öffentlichen Nahverkehr im Jahr 2021 erneut erhöht werden sollen. Der Landtag stellt fest, dass insbesondere den Brandenburger Fahrgästen mit den Fahrpreiserhöhungen zum 01.01.2020 teils erhebliche finanzielle Mehrbelastungen zugemutet worden sind. Seitdem waren das Nahverkehrsangebot sowie die Mobilität vieler Menschen durch die Corona-Pandemie oft erheblich eingeschränkt. Die Einkommen und Kaufkraft zahlreicher Haushalte sind zugleich in Folge der Corona-Krise stagniert oder gesunken.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Landtag:

1. Der Landtag spricht sich gegen eine Erhöhung der Fahrpreise für den öffentlichen Nahverkehr in Brandenburg und Berlin im Jahr 2021 aus.
2. Die Landesregierung wird beauftragt, einer Erhöhung der Fahrpreise im Jahr 2021 im Aufsichtsrat des VBB nicht zuzustimmen.
3. Die Landesregierung wird beauftragt, sich darüber hinaus mit den kommunalen Aufgabenträgern im Land Brandenburg sowie mit dem Land Berlin und dem VBB darüber zu verständigen, unter welchen Voraussetzungen auf eine Erhöhung der Fahrpreise im Jahr 2021 verzichtet werden kann.
4. Der Landtag erklärt seine Bereitschaft, zum Zwecke der Verzichtbarkeit von Fahrpreiserhöhungen im Jahr 2021, die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen, welche den kommunalen Aufgabenträgern bzw. den Nahverkehrsunternehmen durch den zu erwartenden Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr (TV-N) entstehen, zweckgebunden aus Landesmitteln auszugleichen.

Begründung:

Der VBB-Aufsichtsrat soll voraussichtlich am 30.09.2020 über die Erhöhung der Fahrpreise im Jahr 2021 entscheiden. Die letzte Fahrpreiserhöhung erfolgte zum 01.01.2020. Diese traf vor allem Brandenburger Pendlerinnen und Pendler im Berliner Umland, weil besonders Fahrscheine für das Tarifgebiet Berlin C deutlich teurer wurden - zum Beispiel ABC-Einzeltickets (von 3,40 Euro auf 3,60 Euro), ABC-Tageskarten (von 7,70 Euro auf 9,60 Euro) und ABC-Abo-Umweltkarten (von 992 Euro auf 1008 Euro).

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sind die Fahrgastzahlen in Bahnen und Bussen erheblich gesunken. Die damit verbundenen Einnahmeausfälle der Nahverkehrsunternehmen im Jahr 2020 werden aus Bundesmitteln vollständig kompensiert. Eine Kulanzregelung für nicht nutzbare Zeitkarten (mithin also für Stammfahrgäste) wurde vom Landtag mit der Mehrheit der Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im August abgelehnt. Die vom Bundestag beschlossene zeitweise Mehrwertsteuersenkung wird durch den VBB nicht durch eine allgemeine Senkung der Fahrpreise, sondern nur unzureichend mit Aktionswochenenden im September an die Fahrgäste weitergegeben.

Trotzdem droht nun eine erneute Erhöhung der Fahrpreise zum 01.01.2021 und damit eine weitere Belastung der ohnehin in den vergangenen Monaten stark zusätzlich beanspruchten Fahrgäste. Es ist absehbar, dass eine solche Fahrpreiserhöhung zudem erneut hauptsächlich die Brandenburgerinnen und Brandenburger treffen wird.

Begründet wird die Notwendigkeit einer Fahrpreiserhöhung insbesondere mit den zu erwartenden Mehrkosten, welche den Nahverkehrsunternehmen durch den Abschluss eines neuen Tarifvertrages für ihre Beschäftigten entstünde. Aktuell laufen Tarifverhandlungen der Gewerkschaft ver.di mit dem kommunalen Arbeitgeberverband über den Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg (TV-N Brandenburg) sowie mit dem Verband kommunaler Arbeitgeberverbände über einen übergeordneten, bundesweiten Manteltarifvertrag. Hier sind weitere Unterstützungsmaßnahmen des Landes zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Nahverkehrsunternehmen erforderlich.

Die Landesregierung formuliert im Koalitionsvertrag das Ziel einer Verkehrswende mit einer deutlichen Steigerung des Verkehrsanteils von Bahnen und Bussen. Dafür sind sowohl zusätzliches Fahrpersonal erforderlich, als auch mehr Fahrgäste erwünscht. Derzeit hingegen haben viele Menschen Bedenken, auf Grund der befürchteten Ansteckungsgefahr die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen. Eine erneute Fahrpreiserhöhung wird bei einer ohnehin krisenbelasteten Bevölkerung wohl kaum zur einer gesteigerten Motivation zum Umstieg in Bahnen und Busse beitragen und belastet insbesondere Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen zusätzlich. Dafür den Beschäftigten die Verantwortung zu geben, weil sie faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen einfordern und damit Mehrkosten verursachen, ist einer gemeinsamen Anstrengung für die Verkehrswende alles andere als dienlich.

Auf eine Fahrpreiserhöhung in dieser mehrfach sensiblen Zeit sollte deshalb erst recht verzichtet werden. Die zusätzlichen Kosten, welche den Nahverkehrsunternehmen durch den zu erwartenden Tarifabschluss entstehen, sollten nötigenfalls zweckgebunden aus Landesmitteln finanziert werden.